

- 3 -

40. Sitzung des Bundesrates vom 1. Juni 1950.

Vorsitz: Herr Petitpierre.

Abwesend: Herr Etter (dienstlich).

Schriftführer: HH. Leimgruber und Weber.

Die Protokolle der 36. und 37. Sitzung werden genehmigt.

Beginn: 09.00 Uhr. Schluss: 11.20 Uhr.

Hilfe an Swissair.

Herr Celio: Wir sollten an die Eidg. Räte eine Botschaft richten und beantragen, dass der Bund zwei Flugzeuge kauft und diese der Swissair zur Verfügung stellt. Damit kann der Swissair eine Amortisation und der Zoll erspart werden. Sie soll die Möglichkeit haben, die Flugzeuge vom Bunde zurückzukaufen. In einer zweiten Botschaft soll eine spätere Hilfe behandelt werden. Am Montag werden wir ihnen den Botschaftsentwurf zustellen für die erste Hilfe. Wenn die Räte einverstanden sind, die Botschaft noch in dieser Session zu behandeln, dann geht alles gut. Ich muss noch zwei Interpellationen beantworten. Wichtig ist zu wissen, dass der Bundesrat gewillt ist, zu helfen.

Besuch des indischen Oberbefehlshabers.

Herr Kobelt: Der indische Oberbefehlshaber will einen Besuch in der Schweiz machen und möchte sich unsere Armee ansehen. Soll man ihn zum Essen einladen?

Beschluss: Ja, wir haben allen Grund dazu.

Erinnerungsfeier der Amicale des prisonniers de guerre internés en Suisse.

(Siehe Protokoll des Bundesrates (mündlich) Nr. 1019.)

Artillerie-Schiessplatz Frauenfeld.

Herr Kobelt: Wir suchen bekanntlich einen Ersatz für Kloten in der Erweiterung des Schiessplatzes Frauenfeld zu erreichen. Heute will man sich darauf beschränken das zu erhalten, was man in Frauenfeld bisher hatte, nur muss noch eine gewisse Erweiterung beim Zielgelände getroffen werden aus Sicherheitsgründen. Man hat aber in Frauenfeld auch dieses Projekt abgelehnt. Sie stellen sich auf den Standpunkt, keinen m2 Boden mehr herzugeben. Es bleibt nichts anders übrig, als zu expropriieren. Ich habe mit verschiedenen Mitgliedern der Regierung gesprochen. Sie haben uns Vorschläge, das Gelände zu kaufen, damit sind sehr viele Eigentümer sofort einverstanden. Sie wollen aber keinen Verkauf auf Zukunft hin unterzeichnen. Ich möchte mich gerne mit dem Chef des Finanz- und Zolldepartementes in Verbindung setzen, damit wir sehen, wie wir uns aus dieser Situation herausziehen können.

Herr Nobs: Könnte man nicht das Land durch einen vertrauenswürdigen Mittelsmann kaufen lassen, der das aus patriotischen Gründen machen würde.

Herr Kobelt: Wo findet man einen solchen Menschen.

Es wird beschlossen, dass sich die beiden Departemente weiterhin über die Angelegenheit beraten.

Voranschlag. Verzinsung der Spezialfonds der A.H.V.

Herr Nobs: Diese Frage wurde im Ständerat aufgeworfen. Wir haben die Verzinsung zur Entlastung des Voranschlages eingestellt. Herr Klöti hat erklärt, dass der Fonds verzinst werden müsse. Ich habe versprochen, in der Botschaft über diese Rechtsfrage zu berichten. Gestern habe ich mit Justiz- und Polizeidepartement Fühlung genommen. Ich werde bis Montag Bericht bekommen. Solange der entsprechende Artikel des AHV-Gesetzes nicht geändert wird, können wir die Verzinsung nicht einstellen. Die Frage ist etwas delikant. Es handelt sich um zwei sich widersprechende Bestimmungen und es muss entschieden werden, welche gilt. Wenn das Gutachten da ist, werde ich beiden Finanzkommissionen Mitteilung machen. Bei der Behandlung der Staatsrechnung müssen wir dann entscheiden, ob wir die Verzinsung wieder einstellen wollen.

Rektifikationseinrichtung der Alkoholverwaltung in Dellsberg.

Herr Nobs: Wir haben eine Verlaubarung des Volkswirtschaftsdepartementes des Kantons Bern erhalten. Seine technischen Untersuchungen haben dazu geführt, dass sie das Depot nicht mehr länger in Dellsberg dulden können. Wir haben eine Vorlage da für eine Verschiebung nach Schachen. Unter Führung von Nationalrat Moine hat eine Delegation von Dellsberg bei uns vorgesprochen. Wie haben sie darauf aufmerksam gemacht, dass die bernische Regierung uns mit dieser Verantwortung belastet hat. Unsere technischen Organe machen darauf aufmerksam, dass das Depot Dellsberg nicht mehr die Bedeutung hat von früher. Herr Direktor Kellerhals hat sich bei Juristen erkundigt, wie es mit der strafrechtlichen Verantwortlichkeit stehe. Wir haben Auskunft erhalten, dass wir die volle Verantwortung tragen von dem Momente an, wo man uns auf die erhöhte Feuer- und Explosionsgefahr aufmerksam gemacht habe und wo uns erklärt wurde, dass unsere technischen Anlagen nicht genügen. Das Begehren von Dellsberg wurde mit jurassischem Sentiment vertreten. Schachen ist besser geeignet. Ich habe Herrn Moine erklärt, dass ich mit der Antragstellung noch zuwarte um zu sehen, ob die bernische Regierung die Verantwortung übernimmt. Ich erwarte Ihre Vernehmlassung. Ich möchte Antrag so rechtzeitig stellen, dass wir in der ersten Woche der Session Beschluss fassen können, damit wir die Vorlage noch den eidgenössischen Räten ankünden können. Ich glaube kaum, dass die bernische Regierung ihren feuerpolizeilichen Vorstoss zurückziehen wird.

Abstimmung über die Jungbauerninitiative und über die Freigeldinitiative.

Herr Nobs: Diese Vorlage sollte am gleichen Tage zur Abstimmung kommen. Beide Kommissionen haben unseren Anträgen zugestimmt. Im Nationalrat hat nur Schmid dafür gestimmt. Ich habe in der Nationalbank darauf hingewiesen, dass es so nicht weiter gehen könne. Es soll nun etwas für die Aufklärung getan werden. Die Banken haben ein besonderes Aufklärungskomitee gegründet für die Aufklärungsaktion.

Die Bundeskanzlei soll vormerken, dass im Herbst darüber abgestimmt wird.

Der Beschluss über diese Vorlage soll am Montag gefasst werden.

Festsetzung der industriellen Spritpreise.

Herr Nobs: Beide Alkoholkommissionen haben einstimmig beschlossen, dass nicht die Alkoholverwaltung, sondern der Bund die Verpflichtungen, die er in Ems übernommen hat, zu tragen hat. Aber auch die Kantone sollten mittragen, denn die haben auch die Vorteile gehabt aus den Ueberschüssen von Ems. Beide Kommissionen sind der Auffassung, dass das kompensiert wird durch Ueberpreisleistung.

Bis Ende 1954 nehmen Strassenverkehrsinteressenten nur noch Benzin zum Ueberpreis von 800.- Fr. pro Tonne ab. Damit wird die Alkoholverwaltung um 300'000 Franken entlastet. Wenn dann die Schwierigkeiten mit den Strasseninteressenten kommen, könnte das den Bund 7 - 8 Mio im Jahre kosten. Ich habe den Kommissionen gesagt, dass noch nichts entschieden werde. Wenn die Alkoholverwaltung entlastet wird, dann wird die private Wirtschaft ebenfalls die Entlastung verlangen. Die Frage wird juristisch geprüft durch Justiz- und Polizeidepartement.

In den Räten verlangt man Einsparungen und schmeisst Millionenbeträge zum Fenster hinaus, die nur Partikularinteressen dienen.

Herr Bundespräsident: Herr alt Bundesrat Stampfli hat mir eine Kopie seines Schreibens betreffend Attisholz geschickt.

Herr Nobs: Herr Bundesrat Stampfli hat mich vor vier Wochen darauf aufmerksam gemacht, dass wir für Attisholz niedrigeren Preis ansetzen als für Ems. Wir haben entgegen dem Antrag der Alkoholverwaltung beschlossen, Ems einen höheren Preis zu bewilligen. Im ersten Brief hat Herr Bundesrat Stampfli nichts von einem Engagement gesagt. Jetzt erklärt er aber, dass er das Versprechen abgegeben habe, das durch den Bau der grossen *Sprit* fabrik Attisholz nicht geschädigt werden soll. Wir haben heute eine Alkoholüberproduktion. Herr Bundesrat Stampfli hat mir gesagt, Bundesratsworte sollte gehalten werden. Wenn ein Bundesrat nicht mehr im Amt ist, kann man wohl nicht immer sein Wort ohne weiteres einlösen. Ich werde Dr. Stampfli das ganze Problem auseinandersetzen. Für den Bundesrat kann jedenfalls der Umstand, dass er als Präsident der Papierfabrik Biberist ein anderes Interesse hat als als früherer Bundesrat, kein massgebender Grund sein. Ich möchte wissen, ob ein Brief von Herrn Bundesrat Stampfli vorliegt oder eine schriftliche Erklärung. Kein Mitglied des Bundesrates kann den Bundesrat durch seine persönlichen Erklärungen binden. Solche Verpflichtungen sind durch Beschluss des Bundesrates festzusetzen. Ich werde die Korrespondenz allen Mitgliedern zur Kenntnis bringen.

Herr Bundespräsident: Herr Stampfli hat mich keinesfalls gebeten, den Brief dem Bundesrat zu unterbreiten. Man kann nicht von einem juristischen Engagement sprechen bei dieser Erklärung von Bundesrat Stampfli.

Konjunkturlenkung im Baugewerbe.

Das Geschäft wird bis Montag verschoben.

Wirtschaftsverhandlungen mit Italien.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Italien sind unterbrochen worden.

Direktor der Samenuntersuchungs- und Versuchsanstalt in Lausanne.

Herr Rubattel: Die Stellung des Direktors, der sich eine Reihe von Taktlosigkeiten hat zuschulden kommen lassen, ist unhaltbar geworden. Die beste Lösung ist die Demission und der Rücktritt auf Ende des Jahres. Ich habe gestern sein Rücktrittsgesuch verlangt. Wir haben einen Nachfolger gesucht und einen provisorischen Ersatz gefunden.

Mietzinserhöhung.

Herr Rubattel: Die Preisbildungskommission hat gefunden, dass man die alten Mietzinse um 10 % erhöhen sollte. Ich habe immer noch Zweifel und lasse die Sache weiter prüfen.

Besuch von Aussenminister Gruber.

Herr Bundespräsident: Herr Aussenminister Gruber war bei mir. Er wollte wissen, was der Bundesrat für eine Auffassung vertritt mit Bezug auf die verschiedenen internationalen Organisationen. Er glaubt, dass das laufende Jahr das gefährlichste sei. Er hat damit eine andere Meinung als die Amerikaner, welche 1952 als das gefährliche Jahr anschauen. Er glaubt, dass es richtig sei, jetzt Haushaltungsvorräte anzulegen. Für Oesterreich ist er optimistisch. Der Staatsvertrag wird lange nicht unterzeichnet werden. Die Regierung zieht vor, dass die Besetzung weiter andauert. Was den Kommunismus anbetrifft, so ist er überzeugt, dass die Anhänger in allen diesen Ländern nur 10 % der Bevölkerung darstellen. Die Regierungen werden überall durch Minderheiten gestützt.

Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Herr Bundespräsident: Diese Organisation hat ihre Sitzung morgen in Paris. Eingeladen sind auch Amerika und Kanada. Diese beiden Staaten werden kein Stimmrecht haben. Ihre Anwesenheit kann Beziehungen zwischen ihnen und Europa nur verstärken. Es ist besser so vorzugehen, damit diese Organisation nicht in dem Atlantikpakt eingebaut wird. Eine politische Isolierung könnten wir ertragen, aber keine wirtschaftliche.

Herr Rubattel: Bedeutet die Teilnahme von Amerika und Kanada nicht bereits den Beginn einer Eingliederung in den Atlantikpakt?

Herr Bundespräsident: Wenn Schweiz und Schweden nicht dabei wären, würde das viel schneller gehen mit der Eingliederung. 1952 stellt sich die Frage, ob die Organisation unabhängig bleibt oder ob sie in den Europarat oder den Atlantikpakt eingegliedert werden soll. Gruber ist überzeugt, dass die Russen weiterhin bereit sind zu diskutieren oder zurückzuweichen. Wir werden Schwierigkeiten haben. Wir sollten uns nicht hineinziehen lassen. Amerika ist schon lange der europäischen wirtschaftlichen Organisation angeschlossen. Unsere Zukunft ist ~~besser~~ geschützt durch die Mitwirkung Amerikas in europäischen Fragen als durch unsere Neutralität.

Die Politik Russlands war bisher immer so, dass es sich dort, wo es auf seriösen Widerstand stiess nicht weiter ausdehnte.

Herr Rubattel: Was die europäische Zahlungsunion betrifft so bleiben die zweiseitigen Verträge aber diese Passiven werden nicht mehr in Gold bezahlt. Wir müssen also weitere Kredite gewähren oder Ein- und Ausfuhr besser ausgleichen. Wir werden Schwierigkeiten haben bei den zweiseitigen Verträgen. Vielleicht kann eine Lösung so gefunden werden, dass ein Teil vom Kredit der Amerikaner ~~gegeben~~ wird und ein Teil von den Exportstaaten.

Herr Kobelt: Die Aeusserungen von Herrn Gruber scheinen mir widerspruchsvoll zu sein.

Herr Bundespräsident: Wenn Russen Europa besetzen wollen, so müssten sie das jetzt machen. In zwei Jahren wird es für die Russen viel schwieriger sein als jetzt. Die Chancen Europas liegen in den Amerikanern und in der Atombombe.

Herr Kobelt: Die Verhältnisse in Berlin haben mir doch Eindruck gemacht. Die Tatsache, dass soviel deutsche Jugend mitgemacht hat und dass Disziplin so gewahrt wurde, gibt zu denken. Ostdeutschland hat zwei grosse Kampfparolen "Frieden" und "deutsche Einheit". Der Krieg ist bis jetzt nicht ausgebrochen wegen der Atombombe. Die Russen werden keinen Krieg beginnen, wenn sie ihre Ziele mit dem ~~halten~~ Krieg erreichen.

Herr Bundespräsident: Die Russen nehmen an, dass sie Europa besetzen können, dass das aber einen langen Krieg geben werde, den sie ~~verlieren~~ würden. Als die Amerikaner mit der Berliner Luftbrücke begannen, glaubten die Russen, das gehe für 15 Tage. Die Amerikaner konnten es aber während eines Jahres machen.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Politisches Dept. Vorzeitige Pensionierung des Personals des Politischen Departementes.

Rücktritt Vizekonsul E. Riggenbach.

Séminaire de l'UNESCO.

Schliessung des Generalkonsulates in Bratislava.

Finanz & Zolldept. Wiederwahl der Bundesbeamten für die Amtsdauer 1951/53.

Herr von Steiger: Ich habe Herrn Nobs erklärt, entweder müssen wir dieses Geschäft verschieben oder einen Vorbehalt anbringen, die Frage der Wiederwahl nochmals zu behandeln, nachdem die Berichte und Anträge der Departemente eingegangen sind. Der Bundesrat hat Stellung zu nehmen zur Frage, wie es mit der Wiederwahl von Beamten steht, die Mitglieder der PdA sind. Darüber braucht es noch einen Antrag, den das Finanz- und Zolldepartement stellen sollte. Es hat eine interdepartementale Aussprache stattgefunden über die Frage, ob man jeden, der der PdA angehört, nicht wiederwählen soll oder nur die, welche wichtigere Posten beim Bund bekleiden. Soll man sie einfach nicht wiederwählen ohne besondere Begründung oder braucht es eine Be-

gründung. Hat der Beamte Anspruch auf
Wiederwahl.

Beschluss: Die Vorlage wird unter dem Vor-
behalt verabschiedet, dass die Frage der
Wiederwahlen nochmals behandelt wird, nach-
dem die Berichte und Anträge der Departe-
mente eingegangen sind.

Dept.d.Innern

Reglement der eidg. Kommission für Volks-
ernährung.

Justiz & Polizeidept.

Einziehung von beschlagnahmtem Propaganda-
material.

Herr Bundespräsident: Es sollte geprüft
werden, ob die aufgestellten Kriterien ge-
nügen. Mir scheint die Propaganda für den
Kommunismus vielleicht gefährlicher zu sein,
als sie eingeschätzt wird. Wie weit sollen
wir die der verschiedenen Ge-
sandschaften zulassen. Darin hat es oft
Angriffe auf befreundete Regierungen.

Herr von Steiger: Ich werde allen Herren
ein Doppel zustellen. Dazu gehört auch eine
Interpellation Gressot. Die These war, man
soll die Linkspropaganda verbieten aber
nicht die von rechts. Man soll die Verbote
bemessen nach der Stärke und Nähe der Gefahr.
Ich habe ihn gebeten, mir den Text zu schik-
ken bevor er die Interpellation einreicht.

Beschluss: Das Justiz- und Polizeidepartement
wird jedem Mitglied des Bundesrates eine Ko-
pie des Antrages schicken.

Militärdept.

Abänderung der Organisation der Stäbe und
Truppen.

Finanz & Zolldept.

Abbau der Bundesbeiträge.

Volkswirtschaftsdept.

Kleine Anfrage Odermatt.

Linthebene-Melioration. Ersatzwahl.

-Post & Eisenbahndpt.

Allgemeine Grundsätze für die Tarifbildung.

Rheinkraftwerk Birsfelden. Konzessionsertei-
lung.

Trolleybus Cernier-Valangin.